

Antrag

der Fraktion der SPD

betr. Einmalige Weihnachtsbeihilfen.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird beauftragt, die in dem Erlaß des Bundesministeriums des Innern und des Bundesministeriums der Finanzen vom 3. November 1950 Az. 5180-1061/50 in Abschnitt III Absatz 2 für einmalige Weihnachtsbeihilfen festgelegten Sätze

von DM 15.— und DM 5.—

auf DM 25.— und DM 10.—

zu erhöhen und als verrechnungsfähig anzuerkennen.

Dieselbe Regelung soll hinsichtlich der Verrechnung auch für Berlin gelten.

Bonn, den 10. November 1950

Ollenhauer und Fraktion